

ZOLTÁN HAUTZINGER*

Die Beurteilung der Ausländer in den kriminalistischen Wissenschaften**

*„Die Vorbeugung der Straftaten,
die Bedrohung mit den Strafen
ist nur eine Aufgabe des Staates“*

(Ferenc Nagy 2016)¹

I. Als Ehrenbezeugung

Die weitverzweigte, in den kriminalistischen Wissenschaften unumgängliche Arbeiterschaft von *Ferenc Nagy* dient als eine gute Quelle zu jeglichen Segmenten des Strafrechts. Seine letzte Schriftstücke zeigen auch, dass der mit diesem Studienband beehrte Professor von der Problematik des verfassungsmäßigen Strafrechts durch weg bis zur wissenschaftlichen Analyse der europäischen Gefängnisbevölkerung, mit vielen Gedanken die ungarische strafrechtliche Literatur bereichert hat. Nach den Schriftstücken kann man daneben als zurückkehrenden Leitfaden die Untersuchung der Grundbestimmung des Strafrechts, der bestimmungsgemäßen Anwendung des strafrechtlichen Sanktionsystems, die Betrachtung der abschreckende Kraft von den Strafen, der präventiven Wirkung, oder die Bewertung der in der strafrechtlichen Verantwortung versteckenden Probleme entdecken.

In dem oben erwähnten Kreis sind die Ansichten von *Ferenc Nagy* im Zusammenhang der strafrechtlichen Legalität besonders interessant. In diesem geht der Professor davon aus, dass es insofern um die den Staat belastende Verpflichtung geht, dass man die substantiellen Bedingungen von der Ausübung der Strafmacht voraus in dem Gesetz festlegen muss. Daneben bedeutet das Prinzip der Legalität aus der Hinsicht des

* egyetemi docens, Universitätsdozent; Nemzeti Közzolgálati Egyetem, Universität für öffentlichen Dienst

** Diese Studie wurde mit der Unterstützung von Ungarischer Wissenschaftsakademie János Bolyai Forschungsstipendium gefertigt. (E tanulmány az MTA Bolyai János kutatási ösztöndíj támogatásával készült.)

¹ NAGY FERENC: *A pozitív generális prevencióról*. In: Finszter Géza – Köhalmi László – Végh Zsuzsanna (szerk.): *Egy jobb világot hátrahagyni... Tanulmányok Korinek László professzor tiszteletére*. PTE ÁJK, Pécs, 2016. (Ferenc Nagy: Über die positive generelle Prevention. In: Géza Finszter – László Köhalmi – Zsuzsanna Végh: *Eine bessere Welt hinterlassen... Studien zu Ehren von Professor László Korinek*. PTE Rechtswissenschaftliche Fakultät, Pécs, 2016.) p. 482.

Verfahrensrechts eine Verpflichtung auf die Strafverfolgungsbehörden, vorwiegend für den Staatsanwalt auf die Durchsetzung des Strafanspruchs, auf die Anwendung der straflichen Gesetze.² Das Legalitätsprinzip oder das strafrechtliche Legalitätsprinzip ist eine grundlegende bzw. verfassungsmäßige rechtsstaatliche Garantie, die Ausprägung und Sicherheitsleistung der Rechtssicherheit, die vor allem in der Begrenzung der staatlichen und gerichtlichen Macht besteht.³

In dem verfahrensrechtlichen Befehl der Legalität sind gleichzeitig bestimmte Brechungen aufzuspürbar. Ein Beispiel darauf befindet sich in der Durchsetzung der straflichen Rechtsanwendung gegen Ausländer, wonach es nicht erlaubt ist, eine Ermittlungsverfahren „wegen der Fälschung von amtlichen Dokumenten (StGB. § 342) einzuleiten, wenn der Ausländer das falsche oder gefälschte bzw. auf einen anderen Namen lautende echte Reisedokument bei der Einreise in das Gebiet des Landes benutzt, vorausgesetzt, dass es gegen ihn Ausländerverfahren gibt. Diese Bestimmung ist nicht verwendbar, wenn man gegen den Ausländer auch wegen des Begehens eines anderen Straftats eine Ermittlung aufnehmen soll.“⁴ Die zitierte Gesetzesstelle erlaubt wesentlich aus zweckmäßiger Überlegung eine Ausnahme unter die Officialmaxime, die einen theoretischen Grund von der Erregung der Strafverfolgung dient. Die gesetzgeberische Absicht erbaut sich auf die Rentabilitätshinsichten, nach denen, wenn sich das Begehen der Straftat ausschließlich auf die ungarische – zur Zeit ist es unrechtmäßig – Einreise richtet, deswegen gibt es einen Platz von Ausländerverfahren, es ist nicht erlaubt, eine Ermittlung aufzunehmen. Die Ermittlungsbehinderung ist nur in dem Fall von dem einheitlichen Bestand der mehreren Bedingungen verwendbar. Vorwiegend kann der mutmaßliche Täter der Straftat nur ein solcher Ausländer sein, gegen den es die Verweigerung der Einreise und an der Grenzübergangsstelle seine Zurückrichtung oder als Ausländerverfahren seine Abschiebung gibt. Diese bedeutet wegen der strafrechtlichen Differenzierung der Ausländer nur ausschließlichen den Staatsangehörigkeitskreis aus einem Drittland, gegen die das Verbot der Zurückrichtung („non-refoulement“ Prinzip) nicht vorkommt, oder es wurde in Ungarn kein Asylrechtverfahren eingeleitet. Daraus kommt die zweite Bedingung: Die Ermittlung kann nur wegen der Durchführung des Ausländerverfahrens ausgeschlossen werden, wenn gegen den Ausländer – wegen seiner Staatsangehörigkeit oder seines Asylantrags – das Ausländerverfahren nicht eingeleitet werden kann, muss die Ermittlung nach den allgemeinen Regeln angeordnet werden. So kann diese Behinderung regelmäßig in dem Kreis der Personen und ihrer Familienmitglieder, die über das Recht der freien Bewegung und dem Aufenthalt verfügen, nicht verwendet werden, beziehungsweise auch nicht in dem Fall, wenn die Ermittlung gegen solchen Drittlandbürger eingeleitet werden soll,

² NAGY FERENC: *Gondolatok a büntetőjogi legalitással összefüggő alkotmányossági problémákról*. In: BALOGH ELEMÉR (szerk.): Számadás az Alaptörvényről. Magyar Közlöny Lap- és Könyvkiadó Kft., Budapest, 2016. (Ferenc Nagy: Gedanken über die strafrechtlichen verfassungsmäßigen Probleme. In: Elemér Balogh (Redakteur): Rechenschaftslegung über das Grundgesetz. Ungarische Amtsblatt Blatt- und Buchherausgeber GmbH, Budapest, 2016.) p. 455.

³ NAGY FERENC: *Törvényesség – Alkotmány – Büntetőjog*. In: Tóth Judit (szerk.): Tanulmányok Dr. Tóth Károly címzetes egyetemi tanár 70. születésnapjára. Acta Universitatis Szegediensis Acta Juridica et Politica. Tomus LXXVIII. Szeged, 2015. (Ferenc Nagy: Rechtmäßigkeit – Verfassung – Strafrecht. In: Judit Tóth (Redakteurin): Studien zum 70. Geburtstag von Dr. Károly Tóth ehrenamtlichem Universitätsprofessor. Acta Universitatis Szegediensis Acta Juridica et Politica. Tomus LXXVIII. Szeged, 2015.) p. 200.

⁴ Gesetz über Strafverfolgung, § 170, Absatz (6).

kommt gegen ihn das Verbot der Zurückrichtung wegen seiner asylrechtlichen Absicht oder seinem Asylantrag vor.

Nachdem der oben genannte Rechtssatz eigenartigerweise auf von einem Ausländer begangene bestimmte Straftat hinweist, in dieser vor der Arbeiterschaft von Ferenc Nagy anerkannten Studie, lohnt es sich skizzenhaft zu untersuchen, ob auf die nicht ungarischen staatsangehörigen Personen welche strafende finanziellrechtliche und verfahrensrechtliche Regeln hinweisen, spezielle Merkmale auch die eingeleiteten Ermittlungen gegen die Ausländer haben können.

II. Die Ausweisung als strafrechtliche Sanktion

In Hinsicht von den straflichen finanziellen rechtlichen Regeln ist die Straftat der Ausweisung festzustellen, die schließlich gegen Ausländer, im Interesse der Behinderung von den Täterrechten angeordnet werden kann.⁵

Nach dem Strafgesetzbuch „*jener nicht ungarische staatsangehörige Täter, dessen Aufenthalt in dem Land nicht erwünscht ist, muss aus dem Gebiet Ungarns ausgewiesen werden. Der Ausgewiesene hat die Pflicht das Gebiet des Landes zu verlassen, und er darf unter der Zeitdauer der Ausweisung nicht zurückkehren.*“⁶ Es ist wichtig zu erwähnen, dass die Durchführung dieser Strafe nicht nur in dem Fall der ungarischen Staatsangehörigen nicht möglich ist, sondern auch im Fall von bestimmten ausländischen Personen. Eine gesetzliche Behinderung tritt auf, wenn der Ausländer mit einem Asylantrag aus dem Gebiet des Landes nicht ausgewiesen werden kann⁷, aber die Anordnung der Ausweisung beeinflusst auch noch, dass „*mit dem Recht der freien Bewegung und des Aufenthalts, sowie der Ausweisung gegen in dem Gebiet von Ungarn ansässige Person oder gegen als Eingewanderte mit dem Aufenthaltsrecht ist nur im Fall von Begehen solcher Straftat möglich, die mit einer fünfjährigen oder das überschreitenden Freiheitsstrafe bestraft werden kann.*“⁸ Im Bezug auf die Einfuhr und die Aufenthaltsbegrenzung von Ausländer mit dem Recht der freien Bewegung muss man solche Prinzipien untersuchen, wie die Anforderung der Angemessenheit, die Voraussetzung der Maßnahme, die auf dem persönlichen Benehmen des Individuums beruht, oder die Voraussetzungen im Bezug auf die Weise von dem persönlichen Benehmen des Individuums.

Bei der Anwendung der Ausweisung muss man als weitere einschränkend Regel daran denken, dass „*gegen den,*

a, wer sich in dem Gebiet von Ungarn mindestens zehn Jahre rechtmäßig aufhält, oder

b, wessen Recht zur Respekthaltung von dem Familienleben verletzen würde,

kann die Ausweisung in dem Fall von der Zufügung der Freiheitsentziehung nur für zehn Jahre oder das überschreitende Zeitdauer existieren, vorausgesetzt, dass der Aufenthalt des Täters in dem Land die öffentliche Sicherheit bezeichnend gefährden würde.“ Die Zeitdauer

⁵ NAGY FERENC: *A szankciórendszer*. Jogtudományi Közlöny 2015/1, (Ferenc Nagy: Das Sanktionsystem. Rechtswissenschaftliches Amtsblatt 1/2015.) p. 9.

⁶ Das Gesetz über das Strafrechtbuch Jahr 2012, Gesetz C (StGB.), § 59, Abs. (1)

⁷ Als internationalen rechtlichen Grund steht die VN – Konvention über die Lage von Flüchtlingen aus dem Jahr 1951 (Genfer Konvention), Artikel 33, Punkt 1.

⁸ StGB. § 59, Abs. (3)

der Ausweisung kann bestimmt (von eins bis zehn Jahre) oder endgültig sein. „*Endgültig kann der ausgewiesen werden, den man auf zehn jährige oder das überschreitende Freiheitsentziehung urteilt, und – Acht nehmen vor bezeichnendem Gewicht der Straftat, der Art des Begehens, und der Beziehungen des Täters – sein Aufenthalt im Land würde die öffentliche Sicherheit bedeutend gefährden. Die Person, mit dem Recht der freien Bewegung und Aufenthalt, kann nicht endgültig ausgewiesen werden.*“⁹

Im Zusammenhang mit der Ausweisung muss man erwähnen, dass in dem Strafgesetzbuch eingebauter verbotene Überschritt der Grenzabspernung wegen der massenhaften Einwanderung verursachtem Notfall, die Beschädigung der Grenzabspernung, sowie die Behinderung der Bauarbeit im Bezug auf Grenzabspernung, bei diesen Straftaten ist die Ausweisung – wie Anwendung der Strafe – nicht verzichtbar. Darauf geachtet, kann man behaupten, dass die wahre Bestrebung keine Anwendung von der Freiheitsentziehung ist, sondern – im Wesentlichen mit einer Staatsangehörigkeit von einem Drittland – die strafrechtliche Ausweisung und Abschiebung von den ausländischen Angeschuldigten aus dem Gebiet von Ungarn. Und damit gibt es eine Sicherung einer einartigen strafflichen finanziellen rechtlichen Klassifikation so, dass man mit den späteren Strafvollzugsfolgen nicht zählen muss.

III. Ausländer im Strafverfahren

Eine fremde staatsangehörige Person (Ausländer) kann im Strafverfahren auch in mehreren Eigenschaften (Mitglied der Verfahrensbehörde, Angeschuldigte, Opfer, in dem Fall von den bestimmten Bedingungen als Verteidiger oder Experte) erscheinen. In diesem Fall ist es nicht relevant, dass er über das Recht von der freien Bewegung und den Aufenthalt verfügt, oder er ein Staatsangehörige aus einem Drittland, ein Asylant, ein Flüchtling oder eine Person, die Schutz genießt, eventuell ein Staatenlose ist. Unabhängig davon bilden die verschiedenen Regeln für Ausländer ähnlich den Soldaten oder Jugendlichen kein selbstständiges System (wie das Verfahren gegen Ausländer). Da die Anwesenheit von den Ausländern in dem Strafverfahren daneben seit Jahrhunderten keiner besonderen Sache zählt, sind solche grundlegenden Thesen entstanden, wie das Prinzip von der Benutzung der Muttersprache oder das Recht von Konsulschutz.

Die Benutzung der Muttersprache ist ein Berechtigungsschein, der nicht nur irgend jemandem zusteht, der der Pfröpfling des Strafverfahrens wird, und er die Praxis dieses Rechts beansprucht, sondern es gibt bei der Verwendung von diesem Prinzip keinen Platz von irgendeinem Beweis oder Bestätigung. Die Benutzung der Muttersprache erstreckt sich auch auf das Recht des Dolmetschens und der Übersetzung, weiterhin geht es in dem Fall des Angeschuldigten auch mit dem obligatorischen Schutz zusammen, wir sprechen ja über eine solche Person, die die Sprache des Verfahrens nicht kennt. Die Kontaktpflege oder die Möglichkeit des Schutzes von dem Konsul befördert zwar das Verteidigungsrecht (dadurch vorwärtsbringend für dem Fall) des ausländischen Angeschuldigten. Es ist wichtig zu bemerken, dass diese Inanspruchnahme gegen den obligatorischen Schutz nicht bedingungslos ist. Auf den Konsulschutz kann der Angeschuldigte verzichten,

⁹ StGB. § 60, Abs. (1)–(3)

beziehungsweise soll die Inanspruchnahme im Fall von dem parallelen Ablauf des Flüchtlings – oder Asylrechtsverfahrens am Anfang der Ermittlung vermieden werden. Der Grund dafür ist, dass in dem Asylverfahren, falls es wegen staatlicher oder damit im Zusammenhang stehender Verfolgung begonnen hat, kann die Behörde den Kontakt mit dem Herkunftsland des Asylanten (in diesem Fall Angeschuldigte) nicht aufnehmen. Wenn der Angeschuldigte, der im Asylverfahren angeklagt wurde, doch auf die Inanspruchnahme von Konsulschutz rechnen würde, muss die Anerkennung als Asylant zurückgenommen werden.¹⁰

Die eigenartige Beziehung von dem Recht auf die Ausländer (Ausländerrecht) und das Strafprozessrecht zeigt sich auch in den Rahmen der traditionellen nationalen strafrechtlichen Zusammenarbeit (kriminelle Rechtshilfe). Dazu kann man besonders die Auslieferung und die Überlassung des Strafverfahrens anwenden, doch die Verwendung von jenen ist vorwiegend bei den Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit zweckmäßig, aber man soll bei ihrer Anordnung und Vollzug unter Umständen auf die Behinderungen und Verbote im Zusammenhang mit dem Betroffenen (Angeschuldigte) Rücksicht nehmen.¹¹ Bei der Aufklärung von Straftaten kann man über institutionalisierte Zusammenarbeit sprechen, in der keines von den Ländern gezwungen werden kann, aber die meisten souveränen Staaten (so auch Ungarn) haben erkannt, dass der erfolgreiche Auftritt gegen die Kriminalität in den bestimmten, besonders in der organisierten Kriminalität vorkommenden verschiedenen (pro Länder durch verschiedenen Inhalt geschriebenen) Straftaten nur mit der internationalen Zusammenschluß erreicht werden kann.¹² Dadurch erscheinen ausländische Behörden, sogar auch ausländische Geheimdienste in den Strafverfahren, im Rahmen der internationalen kriminalistischen Zusammenarbeit, die neben der internationalen Rechtshilfe vorkommen.¹³

Im Fall von ausländischen Angeschuldigten sind in dem Strafverfahren solche Behinderungen, die die Verfolgung wegen Straftatbegehen endgültig oder provisorisch, im Zusammenhang mit dem Letzteren, grundsätzlich bis zum rechtskräftigen Ablauf des Asylverfahrens auch möglich. Im Zusammenhang mit dem Vorherigen finden wir in der heimischen straflichen verfahrensrechtlichen Gesetzgebung – es ist wahr, nicht umfassend – Beispiel, sowie im Hinblick auf den Letzteren kann die internationale Konvention über die Lage von den Flüchtlingen den Regulierungsgrund geben. Wir können über die Aussperrung des Strafverfahrens unterschiedlich von den einheimischen Personen

¹⁰ Die Anerkennung als Asylant muss zurückgenommen werden, wenn der Flüchtling freiwillig den Schutz seines Herkunftslandes wieder in Anspruch nimmt. Vgl. Das LXXX. Gesetz § 11, Abs. (2), Punkt a, aus 2007, über das Asylrecht.

¹¹ Das Verbot ist ausländerrechtlich, wenn es beim Angeschuldigten asylrechtliche Fragen oder das Verbot der Rücksendung vorkommt.

¹² BLASKÓ BÉLA – POLT PÉTER: *A büntetőjog fejlődésének nemzetközi tendenciáiról*. In: Ruzsonyi Péter (szerk.): *Tendenciák és alapvetések a bűnügyi tudományok köréből*. Nemzeti Közzolgálati Egyetem Rendészettudományi Kar, Budapest, 2014. (Béla Blaskó-Péter Polt: *Über die internationalen Tendenzen der Entwicklung des Strafrechts*. In: Péter Ruzsonyi (Redakteur): *Tendenzen und Grundannahmen aus dem Bereich der kriminalistischen Wissenschaften*. Nationale Universität für öffentlichen Dienst, Fakultät für Polizeiwesen. Budapest, 2014.) p. 57.

¹³ Aus den föderalistischen Verbindlichkeiten ergebene Aufklärungs-, Nachrichtendienst – und Abwehraufgaben, siehe näher BODA JÓZSEF: „*Szigorúan titkos?*”! *Nemzetbiztonsági almanach*. Zrínyi Kiadó, Budapest, 2016. (József Boda: „Streng geheim?”! *Das Jahrbuch der Nationalsicherheit*. Herausgeber Zrínyi. Budapest, 2016.) pp. 163–169.

ausschließlich gegen die ausländischen – in dem auch unter dem fremdenpolizeilichen Verfahren gezogenen fremden staatsangehörigen – Personen sprechen, wenn die Ermittlung wegen der Fälschung der öffentlichen Urkunde ausschließlich im Hinblick auf sogenanntem Reisedokument angeordnet werden sollte, wenn er das falsche oder gefälschte, beziehungsweise auf einen anderen Namen lautende Reisedokument wegen dem Belang der Einreise auf das Gebiet eines ausländischen Landes aufbraucht, vorausgesetzt, dass es gegen ihn ein ausländerrechtliches Strafverfahren läuft. Das bedeutet die Priorität der Fremdenpolizei über das Strafverfahrensrecht, ihr Ziel ist es, die Fremden ohne Zulassungsgenehmigung für Einreise bald zurückzuverweisen oder abzuschicken mit der Umgehung der Durchführung des Strafverfahrens. Wenn gegen den Ausländer aus irgendwelchen Gründen das Fremdenpolizeiverfahren durchgeführt werden kann, muss die Ermittlung nach den allgemeinen Regeln fortgesetzt werden.

Eine Lücke des heimischen straflichen Verfahrensrechts, dass es die Anordnung nach dem 31. Absatz der Genfer Kommission nicht übersetzt, nach dem die vertragschließenden Staaten die Flüchtlinge wegen ihrem rechtswidrigen Eintritt oder Aufenthalt nicht bestrafen, die direkt aus einem solchen Gebiet angekommen sind, wo ihr Leben oder ihre Freiheit, rassische, religiöse, ethnische oder bestimmte staatliche Zugehörigkeit, beziehungsweise aus dem Grund ihrer Verfolgung wegen ihrer politischen Meinung gefährdet wurde, und diejenigen, die ohne Zulassung auf ihr Gebiet eintreten, beziehungsweise sich da aufhalten. Die in dem zitierten Artikel festgelegte Bedingung der strafbaren Behinderung, dass sich die erwähnten Flüchtlinge unverzüglich bei den Behörden melden, und sie begründen wohl ihren gesetzwidrigen Eintritt, beziehungsweise ihre Anwesenheit. Ohne diese – besonders, wenn der Bezug auf zitierten Artikel als einen Missbrauch mit einem einartigen Recht wegen der Befreiung von der Verfolgung wegen dem illegalen Grenzübertritts, sowohl als gesetzwidrig, als auch – in dem Fall von der Kriminalisierung der Handlung – kann das Strafverfahren durchgeführt werden. Diese Praxis muss gleichzeitig aus dem Garantengrund auf gesetzlichen Gründen gelegt werden, beziehungsweise es würde sich lohnen, die bestimmte (ähnlich, wie bei der öffentlichen Urkunde) rechtliche Möglichkeiten der Ablenkung des Strafverfahrens herauszuarbeiten, wenn ein Verfahren in der Fremdenpolizei oder in der Flüchtlingsrechtssache bei der Angeschuldigte stattfindet.

Die Spezialität auf Ausländer ist auch aus den ungewöhnlichen Verfahrensregeln wegen den Straftaten der Grenzabspernung auszulesen. Das Ziel der opponierten Anordnungen nach den Juristen in Praxis und auch Pächter der Theorie von dem strafenden Verfahrensrecht – gegen die oben genannten Ablenkung – ist die Sicherung der Feststellung von der strafrechtlichen Verantwortung mit den strafrechtlichen Mitteln, die Durchführung von dem Verfahren gegen den Angeschuldigte, die Verwendung von dem Zwangsmaßnahme (Untersuchungsgefängnis) nach den eigenen Regeln, beziehungsweise die Anordnung der Abschiebung als keine fremdenpolizeiliche, sondern strafrechtliche Sanktion. Obwohl das genannte Verfahren besonders im Stehen vor dem Gericht wirksam durchgeführt werden kann, kann die Abschiebung als die Zufügung der Straftat zeitgemäß in kurzer Zeit von dem Begehen der Handlung geschehen, für die Durchführung der Abschiebung braucht man aber die Verwendung von den fremdenpolizeilichen Regeln. Wegen diesen ist es nicht zweckmäßig – auch nicht im Bezug auf die Straftaten im Zusammenhang mit der Grenzabspernung – das Strafverfahren durchzuführen, doch ihre Lenkung auf das

fremdenpolizeilichen Verfahren kann von Anfang an das gewünschte Ziel sichern. Natürlich vorausgesetzt, dass fremdenpolizeiliches Verfahren gegen eine auf frischer Tat ergriffene Person auf dem Übertritt von Grenzabspernung oder ihrer Beschädigung stattfinden kann.

IV. Der Ausländer in der Praxis der Ermittlung

Die in der Kriminalistik aufgerufene Eigenschaften des Ausländers ergeben sich aus seiner Rolle in dem Strafverfahren, die von einem allgemeinen subjektiven Bereich abweicht. In der kriminalistischen Ermittlung gibt es keine theoretische Bedeutung, dass der Betroffene, eine Person mit einer anderen Staatsangehörigkeit, konkret aus welchem Land er stammt (ob er das Recht für freie Bewegung oder Aufenthalt hat, er ist ein Staatsangehöriger eines Drittlandes, mehrere Staatsangehörigkeit besitzt usw.), aber selbst die Tatsache, dass jemand Ausländer ist, kann entscheidend sein ohne Rücksichtnahme darauf, welche verfahrensrechtliche (vorgehende Behörde, Angeschuldigte, Verletzte, Zeuge usw.) Position der Ausländer in der angegebenen kriminalistischen Handlung erfüllt.

Die Anwesenheit eines fremden Staatsangehörigen – besonders befriedigend von der internationalen Öffnung in dem Verfahrensrecht von den letzten Jahrzehnten – kann auch an der Seite der Behörde beträchtlich sein. Im Rahmen der internationalen kriminalistischen Zusammenarbeit kann auch ein Mitglied der ausländischen Behörde zum Beispiel in der Begleitung einer kontrollierten Lieferung nach einer fallweisen Vereinbarung teilnehmen, aber in einzelnen herausgehobenen Ermittlungen kann das Mitglied aus einer gemeinsamen Straftat aufklärenden Gruppe eine mit ausländischer Strafverfolgungsorgane zusammenarbeitende Person in dem Gebiet von Ungarn in Anspruch nehmen.¹⁴ Die grenzüberschreitende Überwachung setzt eine Zusammenarbeit einer ausländischen Behörde voraus, in der ein Staat wegen seiner Strafverfolgungstätigkeit mit dem Begehen der Straftat verdächtigt sein kann, oder kann die Überwachung mit der im Zusammenhang stehender Person auf dem Gebiet des anderen Staates fortsetzen, wenn dem der andere Staat auch zustimmt. Unter der Zusammenarbeit einer ausländischen Behörde kann man noch die Bildung der gemeinsamen Ermittlergruppen verstehen, durch denen mehrere Staaten in solchen Ermittlungen von den Straftaten teilnehmen können, die eine starke grenzüberschreitende Dimension charakterisiert,¹⁵ aber auch im Rahmen der anderen Strafverfolgungsarbeit. Dadurch kann eine sogenannte parallele oder Spiegelermittlung durchgeführt werden, derzufolge kann die Partnerschaft ganz bis zu der Gefangennahme von den mit dem Begehen der Straftat verdächtigten Personen führen, später kann es die Durchführung solcher Untersuchungsarbeit garantieren, die durch die Maßnahmen der zusammenarbeitenden Organen entstanden sind.¹⁶

¹⁴ LIV. Gesetz aus dem Jahr 2002, § 24, Über die internationale Zusammenarbeit der Strafverfolgungsorgane

¹⁵ NAGY JUDIT: *Az Europol és az Eurojust szerepe a közös nyomozó csoportok tevékenységében*. Belügyi Szemle 2010/9, (Judit Nagy: Die Rolle von Europol und Eurojust in der Tätigkeit der gemeinsamen Ermittlergruppen. Innenrundschau 9/2010.) p. 89.

¹⁶ BALOG GÁBOR: *Az embercsempészség elleni bűnüldöző munka nemzetközi vetületei, tapasztalatai*. Belügyi Szemle 2016/12, (Gábor Balog: Die internationalen Projektionen und Erfahrungen der kriminalistische Arbeit gegen Menschen-smuggel. Innenrundschau 12/2016.) p. 100.

Es bedeutet einen eigenartigen Umstand, wenn ein ausländischer verdeckter Ermittler an der Ermittlung teilnimmt. Nach der Ansicht von Bence Mészáros kann solche vorkommen, wenn zum Einsatz des anfragenden Staates auf dem Gebiet des empfangenen Staates die Anwendung von einem verdeckten Ermittler des anfragenden Staates nötig ist (Aussendung von einem verdeckten Ermittler).¹⁷ In diesem Fall – ein Beispiel aus dem Leben – kann der verdeckte Ermittler als Mitglied von der ausländischen Behörde, in dem Fall erfolgt die verdeckte Aktion eine Gefangennahme, die auf die Straftat betroffene Person festnehmen, kann er sie auf dem Ort der Gefangennahme zurückhalten, aber er muss sie der Behörde des empfangenen Staates fristlos übergeben, er muss die Anwendung von Zwangsmitteln zur Gefangennahme nach den Vorschriften des Vorgesetzten des empfangenen Landes vorgehen.

In Hinsicht auf die Anwendung von einzigen kriminalistischen Mitteln und Methoden kann es maßgebliche Bedeutung haben, ob die in Verfahrenshandlung eingezogene Person auf der Sprache des Verfahrens kommunizieren kann. Die Differenzierung des Ausländers liegt also aus dem praktischen Gesichtspunkt daran, wie die direkte Kommunikation mit dem Ausländer gesichert oder gesichert werden kann. Nach Árpád Budaházi kommt das zum Beispiel als eine relevante Frage auf, ob sich die Untersuchung mit dem Polygraph auf einer zuverlässigen Weise durchsetzen kann, wenn die gestellten Fragen während der Untersuchung nicht direkt der mit dem Polygraph arbeitende Sachbearbeiter stellt, sondern mit Hilfe eines Dolmetschers, der die Antwort damit beeinflussen kann, zuletzt kann er die Zuverlässigkeit des Ergebnisses gefährden.¹⁸ Das kann einigermaßen eine Lösung bedeuten, wenn der Sachbearbeiter vor der Untersuchung mit dem Dolmetscher ausführlich die einzigen Fragen durchschaut, damit kann die Untersuchung ergebnisreich sein.

Die Sicherstellung von dem Recht für Muttersprachenbenutzung, dadurch kann die Frage des zuverlässigen Dolmetschen und der Übersetzung als einen beeinflussenden Faktor die Bereitschaft von dem Mitglied der Behörde ständig wesentlich sein. Die Vermittlung des Dolmetschers – besonders im Fall keiner europäischen Sprache – kann vornherein auf nicht erwartete Schwierigkeiten stoßen, nicht gesprochen über alle logistische (besonders über die Mehrkosten aus dem Dolmetschen und der Übersetzung) und menschliche Faktoren, die sich auf die Durchführung der strafrechtlichen Bedingungen auswirken. Die Mitarbeit des Dolmetschers kann mit ernsthaftem zeitlichem Nachteil vorgehen (die Dauer der gegebenen Ermittlungshandlung, die vorherige logistische Organisation der Handlung usw.), und es kann mehrämtliche Aufgaben (Lieferung) beantragen. Aus kriminaltechnischer Hinsicht kann es doch ein Mitglied der verfahrenenden Behörde von der Bereitstellung des Dolmetschers abhängig machen. Die rechtzeitige, aus taktischer Hinsicht optimale Durchführung von bestimmten Ermittlungshandlungen

¹⁷ MÉSZÁROS BENCE: *Titkosszolgálati eszközök a nemzetközi bűnügyi együttműködésben*. In: Drinóczi Timea (szerk.): *Határon átnyúló és uniós jogi témák: Magyarország – Horvátország*. Pécs – Eszék, 2011 (Bence Mészáros: *Mitteln des Geheimdienstes in der kriminalistischen Zusammenarbeit*. In: Timea Drinóczi (Redakteurin): *Grenzüberschreitende und rechtliche Themen in der EU: Ungarn – Kroatien*. Pécs – Eszék, 2011.) p. 461.

¹⁸ BUDAHÁZI ÁRPÁD: *Poligráf. Műszeres vallomásellenőrzés a bűnügyekben*. Nemzeti Közszerológati Egyetem, Budapest, 2014. (Árpád Budaházi: *Der Polygraph. Die instrumentelle Aussagenkontrolle in den Straftaten*. Nationale Universität für öffentlichen Dienst. Budapest, 2014.) p. 86.

(Verhör, Verhör vor Ort, Konfrontierung usw.) kann ausfallen, Verzögerung erleiden, wenn die entsprechende sprachliche Mitarbeit nicht zur Verfügung steht.

Auch eine wichtige Frage ist, die Zuverlässigkeit des Dolmetschers. Im Fall von einzelnen, sogar selten vermittelbaren Sprachen kann es lebenswahr sein, dass eine solche Person als fallweisen Dolmetscher mitarbeitet, der früher keine ähnliche Erfahrung hatte, beziehungsweise kann sich die Behörde von seiner Gutgläubigkeit ohne Zweifel nicht überzeugen. Dazu kann auch ein Beispiel sein, dass der Bekannte oder der Angehörige der unter dem Verfahren gezogenen Person am Anfang der Ermittlung bei der Kommunikation hilft. Diese Probleme – besonders auch wegen der möglichen Erweiterung von den Herkunftsorten des ausländischen Täterkreises – können in der Zukunft nicht ausgeschlossen werden, dadurch soll man danach streben, dass die Behörden über solche (sogar für alle Organisationen erreichbare) Datenbank verfügen, durch die sich die Schwierigkeiten aus der Bereitstellung der verfahrenen Dolmetscher wirksam vermindert werden können.

Aus kriminalistischer Hinsicht verdient Aufmerksamkeit die Identifikation von unbekannten oder über unsichere Identität verfügenden, fremden staatsangehörigen Personen. Hauptsächlich kann man im Fall von den Tätern der aus Migrationszweck gesetzübertretenden Handlungen darüber sprechen, dass die Identität des Täters, in mehreren Fällen sein Alter nicht genau bestimmbar ist. Dadurch verlangt für sich die durch biometrische Identifikationen (Fingerabdruck, DNS-Profil) gemachte Kontrolle aus kriminalistischer und polizeilicher Hinsicht in unseren Tagen immer größeren Platz.¹⁹ Als Ergebnis daraus trennt sich die Anwesenheit, die Aufnahme der persönlichen Daten und die Feststellung der Personenidentifikation, die das ergeben kann, dass die gesetzgeberische Tätigkeit gegen unbekannte staatsangehörige Personen durch zu denen gehörenen biometrischen Identifikationen passiert.²⁰

Die Anwendung der biometrischen Identifikation gibt gleichzeitig nur zu der Feststellung der Personenidentifikation ohne Zweifel Hilfe. Die Beschaffung und die Befestigung der strafrechtlich relevanten Beweise sind im weiteren auch der unablässige Teil der Ermittlung. In der Aufklärung und Untersuchung gegen die Ausländer angefangenen Straftaten bleibt die Anwendung von den traditionellen kriminaltaktischen und – technischen Mitteln, Methoden im weiteren auch unentbehrlich. Bei diesen können solche Charakteristiken gleichzeitig entdeckt werden, die ausdrücklich in den Straftaten im Zusammenhang mit den Ausländern vorkommen. Solche können sein im Fall von den Migrationsstraftaten die Erkennung und Befestigung der zu dem Menschenmuggel gebundenen eigenartigen Tätermethoden, in diesem können die Anruferliste der während dem Verfahren sichergestellten Handys und deren Daten von Zellenposition nicht nur das

¹⁹ Die Bedeutung der biometrischen Personenidentifikation liegt darin, dass die Methode tatsächlich die Person selbst identifiziert. Vö. BALLA JÓZSEF: *A rendészeti célú személyazonosítás biometriája*. Határrendészeti Tanulmányok 2016/3, (Vgl. József Balla: Die Biometrie der Personenidentifikation aus polizeilichem Grund. Grenzpolizeiliche Studien. 3/2016, p. 7, Quelle: http://rtk.uni-nke.hu/uploads/media_items/2016-3_-_szam.original.pdf. Zeit des Herunterladens: 02.03.2017.)

²⁰ ANGIAL MIKLÓS – MÉSZÁROS BENCE: *Egyek vagyunk, de nem ugyanazok – személyazonosítás és európai bevándorlás*. In: Hautzinger Zoltán (szerk.): *A migráció bűnügyi hatásai*. MRTT Migrációs Tagozat. Budapest, 2016. (Miklós Angyal – Bence Mészáros: Wir sind eins, aber nicht gleich – Personenidentifikation und europäische Einwanderung. In: Zoltán Hautzinger (Redakteur): *Dir kriminalistische Wirkungen der Migration*. Ungarische Polizeiwissenschaftliche Gesellschaft (ung. MRTT) Migrationsfakultät. Budapest, 2016.) p. 113.

Beziehungssystem der untersuchten Person zeigen, sondern sie können den Benutzer von dem Handy mit der Begehungsort der Straftat verbinden. Es ist auch ein aus der Erfahrung von der Behörde stammendes Kriterium, dass die Menschen schmuggler die Fahrzeuge zu den einzigen Lieferungen auf öffentlichen Plätzen (in den Parkplätzen von den Einkaufszentren) anlegen, auf deren Aufklärung eigenartige Aufklärungsmethoden ausgearbeitet werden musste.²¹

Die Anwendung der eigenartigen kriminalmethodischen Methoden und der kriminaltechnischen Mittel fordern die Aufklärung und Ermittlung von den Straftaten, die mit der Staatsgrenze verbunden sind. Bei den technischen Geräten zählen die in den Fahrzeugen versteckten Personen ausfilternden, Kohlendioxid gemessenen oder Herzen klopfen gemessenen Geräte, Wärmebildkameras oder die visuelle Erforschung helfendes industrielles Endoskop und die Höhle untersuchende oder ein ganzes Fahrzeug durchleuchtende und kontrollierende Röntgentore an einer Grenzübergangsstelle schon unentbehrlich, aber man kann hier die einzelnen Sachen (Rauschgift, Sprengstoff) suchende Diensthunde erwähnen, beziehungsweise die Kernstrahlung zeigende manuelle und industrielle Anlagen. Die erwähnten Geräte dienen vorwiegend für die Aufklärung der rechtswidrigen Handlungen, die einzelnen kriminalmethodischen Methoden können aber geeignet sein, dass die Beweise zu dem rechtswidrigen – in unserer Heimat nach dem 15. September 2015 durch das provisorische Grenzschloss – Übertritt der Staatsgrenze sichern. In dieser Hinsicht können die bei dem Täter gefundenen Ortsbezeichnungen oder Entwürfe, das Verhör vor Ort oder Ortschau eine Bedeutung haben. Es ist gleichzeitig zu bemerken, dass die Vorrangigkeit der Kriminaltechnik maßgebend ist, da – nach dem Praxis der Polizei – die Beweisung dieser Handlungen hauptsächlich in dem Fall von dem Ergreifen ergebnisvoll zählt, die besonders durch die Benutzung der technischen bildaufnehmenden Mittel (Videokamera, Drohnenaufnahmen) vollgestreckt wurden.

V. Als Schlusswort

Die Behauptung von *Ferenc Nagy*, dass die strafrechtliche Legalität rechtsstaatliche Garantie und verfahrensrechtliche Verpflichtung im Fall von Ausländer eigenartig durchgesetzt werden muss. Der Grund dafür, dass das Ausländer-Sein als Tatbestandsmerkmal den rechtlichen Anordnungen zusätzliche Bedeutung misst, sowie im Fall von verschiedenen staatsangehörigen Personen kann die Anwendung von bestimmten fremdenpolizeilichen Mitteln einen eigenartigen rechtsanwenderischen Spielraum sichern. Nebenher fordert die Frage des Ausländer-Seins auch spezielle Ermittlungsmethoden an, die auf dem Gebiet der Kriminalistik belohnt untersucht werden. Der Mehrinhalt des Ausländer-Seins bedeutet bei all diesen auch rechtsgeberische Verpflichtung, deren Durchführung kann noch immer auf dem Gebiet der Straf – Gesetzgebung eine ernsthafte Herausforderung sein.

²¹ RÁDI NORBERT: *Az illegális migrációval kapcsolatos bűncselekmények nyomozásának tapasztalatai.* Belügyi Szemle 2016/12, (Norbert Rádi: Die Erfahrungen der Ermittlung von den Straftaten im Zusammenhang mit der illegalen Migration. Innenrundschau, 12/2016.) p. 67.